Kamener Zeitung

Einziges Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., der lokalen Anzeigen 15 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 305 — Dienstag, den 31. Dezember 1918 — 46. Jahrgang

Westfalen und Rheinland.

** **Kamen.** (Knappschaftliches.) Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Bergmvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Januar 191 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag Januar	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen	Beginn der Auszahlung für Berginvaliden, Reichs- und Zulagrentner
Bergkamen	Diesensee	4	8 Uhr	3 1/2 Uhr
Kamen	Goertz	3	8 „	3 1/2 „
Kurl	Lünenbürger	4	8 1/2 „	4 „
Lünern	Stoltenuß	7	8 „	3 1/4 „
Massen	Klügge	9	8 „	3 1/2 „
Methler	Budde	3	2 „	2 1/2 „
Unna I	Goertz	7	8 1/2 „	4 „
Unna II	Piepenbring	8	8 1/2 „	4 „
Unna-Königsborn	Niehaus	9	8 „	3 1/2 „
Werne	Wwe. Tecklenborg	2	8 1/2 „	4 „
Werne I	Fr. Kersten	2	8 „	3 1/2 „
Werne II	Fr. Kersten	3	8 „	3 1/2 „
Brackel	Meierling	11	8 „	4 1/2 „

Kamen, 31. Dez. (Verschiedenes.) In der 51. Jahreswoche vom 15. bis 21. Dezember sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 1 (Kamen), Scharlach 1 (Bergkamen), Unterleibstyphus 2 (Dellwig); Todesfälle durch Tuberkulose 3 (2 Strickerdicke, 1 Pferde). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 85 (11), Genickstarre 1 (1), Kindbettfieber 3 (1), Körnerkrankheit 2, Tuberkulose (98), Ruhr 1, Scharlach 32 (2), Unterleibstyphus 13 (4), Paratyphus 1.

(An die heimgekehrten Krieger.) Die beiden evangelischen Gemeinden Kamens wollen ihre heimgekehrten Krieger im Neujahrstage begrüßen. Sie laden daher die Kriegerfamilien von Stadt und Land freundlichst zum Gottesdienste und zur Nachfeier ein die am Nachmittage um 4 Uhr im evangelischen Gemeindehause stattfinden soll. Während des Krieges haben die Gemeinden mit ihren Soldaten durch das Sonntagsblatt immer in Verbindung gestanden, und so manche Grüße sind von hüben nach drüben gesandt worden. Nun soll das Band hier in der Hamat wieder angeknüpft werden. Es steht zu erwarten, daß wohl alle heimgekehrten Krieger unserer Gemeinden gern sich einfinden und daß auch die Gemeinden sich an der Feier zahlreich beteiligen werden.

(Gerichtlicher Schutz der heimkehrenden Krieger.) Die heimkehrenden Krieger scheinen, wie manche in die Oeffentlichkeit gelangten Aeußerungen erkennen lassen, zu befürchten, daß sie von ihren Gläubigern rücksichtslos zur sofortigen Bezahlung ihrer Schulden angehalten werden könnten. Diese Befürchtung ist unbegründet. Bereits durch die Verordnung des Bundesrats über die gerichtliche Bestätigung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer vom 7. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt S. 453) ist dafür Sorge getragen daß sich die in das bürgerliche Leben zurückkretenden Soldaten die erforderliche Zeit verschaffen können, umzunächst ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu ordnen, und daß sie nur in dem Maße, wie ihnen das möglich ist, ihre Gläubiger allmälich zu befriedigen brauchen. Sie können zu diesem Zweck bei dem Gericht eine Zahlungsfrist oder, wenn bereits ein Urteil vorliegt, die Einstellung der Zwangsvollstreckung, die gegen Geldforderungen betrieben wird, beantragen. Diese Vergünstigung darf bis zur Dauer von 5 Monaten gewährt werden. Die Einstellung der Vollstreckung kann auch mehrfach bewilligt werden. Nicht bloß den Angehörigen mobiler, sondern auch denen immobiler Truppenteile stehen die Befugnisse aus der genannten Verordnung zur Seite. Bei Stellung der Anträge werden den bisherigen Kriegsteilnehmern außer der Rechtsanwaltschaft auch die hierorts errichteten Beratungsstellen des Hausfrauen-Bundes zur Hand gehen.

(Der Antrag auf Invalidenrente.) Eine gutherzige Auslegung der örtlichen Versicherungsämter in bezug auf die Invalidenrente eines Verwundeten, der sich in Lazarettbehandlung befindet, ist jetzt durch den Spruch des Reichsversicherungsamtes zur Aufhebung gelangt. Ein zum Heeresdienst eingezogener Dreher stieg dort nach sechsmöchiger Behandlung. Einen Antrag auf Zahlung der Invalidenrente hatte der Verwundete während seines Lazarettaufenthaltes nicht gestellt. Da nach § 3 der Bundesratsbekanntmachung auch die nächsten Angehörigen noch nach dem Tode des Kriegverletzten einen solchen Antrag stellen können, wenn der Verstorbene durch die Kriegsverhältnisse behindert war, so stellte auch in diesem Falle die Witwe den Antrag, ihr die Rente für die Zeit bis zum Tode ihres Mannes auszuzahlen. Dieser Antrag wurde sowohl von der Versicherungsanstalt wie vom Oberversicherungsamt abgelehnt, und zwar auf Grund einer von dem Verstorbenen vom Lazarett aus an [illegible] Postkarte, in der er [illegible] es ihm den Umständen nach [illegible]

daß, wenn der Verletzte eine Privatkarte an seine Familie schreiben konnte, er auch den Antrag selber bei Lebzeiten hätte zur Absendung bringen können. — Das Reichsversicherungsamt billigte diese harte Auffassung nicht, es sah vielmehr den Antrag der Witwe als zu recht gestellt an. Dem Versicherten konnte, so heißt es in der Begründung, nicht zugemutet werden im Lazarett einen Rentenantrag zu stellen. Es sei auch durchaus erklärlich, wenn ihm eine Mitteilung an seine Familie näherlag als die Versertigung eines Schriftstücks an eine Behörde. — Zur kostenlosen Ausarbeitung der Anträge sind die Beratungsstellen des Kyffhäuser-Bundes, die in vielen Städten bereits errichtet sind, gern bereit.

Ablehnung der Schülerräte. Die Oberprima einer höheren Schule in Schneberg hat an ihre Mitschüler einen Aufruf gerichtet, in denen sie Schülerrat und Schulgemeinde ablehnt. In diesem Aufruf, der zunächst auf die vom Kultusminister Konrad Haenisch empfohlene Bildung von Schülerräten und Schulgemeinden hinweist, heißt es: „Wir können diese Neuerung nicht gutheißen, weil wir alle, auch die Aelteren unter uns noch mehr oder weniger der Erziehung bedürfen. Auch glauben wir nicht, daß „der Ungeist der toten Unterordnung, des Mißtrauens und der Lüge" in dem Maße herrsche, wie Herr Konrad Haenisch annimmt. Schülerrat und Schulgemeinde würden nur das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler trüben. Jegliche Unstimmigkeit wird besser durch vertrauliche Aussprache unter vier Augen, als durch umständliche Verhandlung vor Schülerrat und Schulgemeinde beseitigt."

(A.- und S.-Räte und Handelskammern.) Auf eine telegraphische Beschwerde gegen die vom Essener A.- und S.-Rat verfügte Kontrolltätigkeit eines Beauftragten des A.- und S.-Rates bei der Handelskammer ist der Handelskammer zu Essen vom preußischen Handelsminister mitgeteilt worden, daß eine Beteiligung der A.- und S.-Räte bei den Handelskammern nicht statthaft und daher abzulehnen sei.

Dortmund, 31. Dez. In der Kreistagssitzung des Landkreises Dortmund führte Herr komm. Landrat Overweg den Vorsitz. In seiner Eröffnungsansprache betonte er, daß ihm die Entscheidung schwer gefallen sei, als er den ihm liebgewordenen Kreis im Osten unseres Vaterlandes verlassen und nach hier übersiedeln sollte. Aber die durch den Tod seines Vaters bedingte Uebernahme des Gutes und die besondere Ehre, welche in der Berufung zur Verwaltung eines so wichtigen Kreises wie der hiesige liege, habe ihn doch bewogen, zuzustimmen, und er sei sehr erfreut gewesen, daß er überall als alter Bekannter aufgenommen worden sei. Am Schlusse betonte er, daß er sich im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den derzeitigen Verhältnissen gefügt habe, aber man könne ihm nicht zumuten, daß er seine politische Gesinnung ändere, wie man einen Rock ausziehe. Ein Merkmal der Westfalen sei die Treue, und daran werde er festhalten. Es mag hier gleich bemerkt werden, daß der Kreistag einstimmig Herrn Overweg für die Besetzung des Landratsamtes in Vorschlag brachte. Von den Beschlüssen ist zu erwähnen, daß der Ankauf der Molkerei Lette einstimmig gutgeheißen und für diesen Zweck 150 000 Mk. bewilligt wurden. Für die nächste Sitzung im März wurden Vorlagen angekündigt über den Bau einer Straßenbahnverbindung von Brambauer nach Lünen und von Marten nach Mengede.

Dortmund, 30. Dez. (Kauf oder Betrug?) Mit einer weite Kreise interessierenden Sache hatte sich das hiesige Schöffengericht zu befassen: Bei der Ziehung der großen Kölner Lotterie hatte die Glücksgöttin ein Einsehen und wandte den Hauptgewinn in Höhe von 50 000 Mark einem Minderbemittelten, dem Eisenbahnschaffner Heinrich Lohne, hier, zu. Dieser hatte das Los bei dem Kaufmann Siegfried Wolf, Rheinischestraße, hier, gekauft. Wolf war deshalb in der Lage, als erster Kenntnis von dem Glückszufall zu erlangen. Er verschaffte sich den Betrag von 27 000 Mark und bot diese Summe dem Lohne für Hergabe des Loses an, da dieser ja doch nichts mit den Kunstgegenständen anfangen könne. Dabei verschwieg Wolf aber, daß die Lotterieverwaltung bei Nichtabnahme der Kunstgegenstände 35 000 Mark in barem Gelde auszahle. Wolf erhielt das Los für 27 000 Mark. Er fuhr schleunigst nach Köln, dort 35 000 Mark und hatte somit im drehen 8000 Mark verdient. Kurz erfuhr aber Lohne, daß er arg betrogen worden sei, er stellte deshalb gegen Wolf Strafantrag wegen Betrugs. Wolf wurde verhaftet, nach einiger Zeit aber wieder entlassen. Am 23. d. M. verhandelte das Schöffengericht in der Sache. Wolf blieb dabei, es liege ein regelrechter Kauf vor, Lohne habe die Kaufsumme von 27 000 Mark willig zur Verfügung gestanden gewesen. Lohne beschwor dagegen, er habe ihm Wolf keine Silbe davon gesagt, daß die Lotterie bereit sei, eventuell 35 000 Mark in barem Gelde zu zahlen. Wenn er hiervon eine Ahnung gehabt hätte, würde er das Los unter keinen Umständen für 27 000 Mark hergegeben haben. Das Schöffengericht hatte die Verkündigung des Urteils auf Samstag angesetzt. Der Gerichtshof nahm an, Wolf habe den Lohne durch arglistige Täuschung zu dem Verkaufe des Loses veranlaßt, es liege vollendeter Betrug, kein Kauf, vor. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Mildernd kam in Betracht, daß der Angeklagte unbestraft und ein Krüppel ist.

Dortmund, 30. Dez. Kleiderdiebstähle im Werte von 12 000 Mark wurden bei der Firma Rose & Co., Westenhellw. hier, ausgeführt. Beim Fortgehen eines Fensterputzers am Dienstag bemerkte man das Fehlen von zwei wertvollen Kostümen aus dem Fenster. Die benachrichtigte Polize' entdeckte bei seiner Verlobten die gestohlenen Sachen, die noch die Preiszettel trugen. Weitere Ermittelungen förderten noch einen großen Posten Damenmäntel und -kleider in einigen Häusern der Linienstraße im Gesamtwerte von 12 000 Mark zutage. Der Fensterputzer wurde verhaftet.

Hörde, 31. Dez. (Ein Hospital bestohlen.) In der Nacht von Freitag zu Samstag sind aus dem Stallgebäude des Krankenhauses St. Josephshospital zwei Schweine, ein kleiner langer Kastenwagen und ein Pferd (Pony) gestohlen worden. Das Fuhrwerk hat zum Fortschaffen der geschlachteten Schweine gedient. Das Pferd ist zirka 1,40—1,50 Meter groß, 20—25 Jahre alt, dunkelbraun und erblindet. Die Diebe haben mit dem Fuhrwerk das Krankenhausgrundstück durch eine in die Bachstraße führende Gasse verlassen und sind dann durch die neue Unterführung zwischen Bach- und Hindenburgstraße davongefahren. Anzunehmen ist, daß das Fuhrwerk zum Kauf angeboten wird. In diesem Falle bittet die Polizeiverwaltung um Nachricht.

Altenbeck, 30. Dez. (Einbruchsdiebstähle.) In der Nacht wurden der Witwe Langhoff an der Potsdamerstraße hierselbst 8 Hühner, 4 Enten und 1 Gans aus dem verschlossenen Stalle gestohlen. — Beim Guts- und Brennereibesitzer Ernst Nathe an der Provinzialstraße wurde von Tieber eine Fensterscheibe eingedrückt und versucht, den Geldschrank zu öffnen. Sie wurden jedoch überrascht und ergriffen die Flucht. Leider gelang es den Spitzbuben, unerkannt zu entkommen. — An der Hindenburgstraße wurde am Geschäft von Ewald Schulte eine Schaufensterscheibe eingedrückt und aus dem Laden Bücher, Portemonnaies und sonstige Lederwaren entwendet.

Geiseke, 23. Dez. (Gestörte Diebe?) Eine große Ueberraschung erlebte der Invalide Heinrich Kroll von hier. Als er morgens seinen Schweinestall betrat, fand er einen schon ziemlich gut herangemästeten Borstenträger erschossen vor. In der Nacht hatten die Bewohner des Hauses einige Schüsse gehört, und ist es wohl anzunehmen, daß es sich um Spitzbuben handelt, die anscheinend gestört wurden.

Recklinghausen, 30. Dez. (Pferde und ein Geschütz gestohlen.) Von der hier bei dem Gutsbesitzer Heinrich Voß seit zirka acht Tagen einquartierten Artillerie wurden die besten drei Pferde nebst einem Geschütz gestohlen. Die Täter, welche auf der Straße in der Richtung nach Niederhelden gesehen worden sind, sind unerkannt entkommen.

Erndtebrück, 28. Dez. (Diebesbande verhaftet.) Auf dem hiesigen Bahnhof wurden in letzter Woche schwere Diebstähle ausgeführt, wobei Sachen im Wert von mehreren hunderttausend Mark in Verlust gerieten. Es gelang, eine Diebesbande von 9 Personen im Altenhundener Zug zu stellen und zu verhaften. Nachts faßte man noch einen Räuber im hiesigen Bahnhof ab. Als er auf Anruf nicht stehen blieb, wurde er erschossen. Es war ein Sohn achtbarer Eltern von hier.

TU Elberfeld, 30. Dez. (Belgisches Feuer auf deutsche Rheinschiffer.) Bei Kaiserswerth, auf der rechten Rheinseite, hatten den Vorschriften zuwider einige Fischer Anker geworfen. Sie wurden von linksrheinischen belgischen Besatzungstruppen mit Maschinengewehren beschossen und nicht unerheblich beschädigt. Einige der am Rhein gelegenen Häuser von Kaiserswerth wurden von Geschossen getroffen und ebenfalls beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

*

Ende des Streikes im Hamborner Bezirk?

(TU) **Hamborn, 30. Dez.** In einer gestern abgehaltenen großen Versammlung der streikenden Bergarbeiter wurde beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem in den gestern bis in die Nacht hinein geführten Verhandlungen die Verwaltung der Thyssenschen Zechen sich bereit erklärt hatte, die von den Streikenden geforderten Gratifikationen als Entschädigung für die durch den Streik verursachten Ausfälle in zwei Raten zu zahlen, unter der Voraussetzung, daß heute in vollem Umfange die Arbeit wieder aufgenommen und entsprechend den Abmachungen mit dem Verbande die Achtstundenschicht vom 1. Februar an auch voll befahren wird. — Wie wir erfahren, entspricht die Meldung einiger Blätter von der Verhaftung des Herrn August Thyssen nicht den Tatsachen.

*

Düsseldorf, 27. Dez. (Düsseldorf nicht besetzt, aber kontrolliert.) Das in Düsseldorf und Umgebung verbreitete Gerücht über die Besetzung der Stadt Düsseldorf durch feindliche Truppen entspricht, wie wir von amtlicher Stelle erfahren, nicht vollkommen den Tatsachen. Es rührt wahrscheinlich daher, daß ein am Samstag mit einem Stabe in Düsseldorf gewesener belgischer Major dem Oberbürgermeister erklärt hat, in den nächsten Tagen werde zur Sicherung der Kontroll-Kommission ein Bataillon nach Düsseldorf kommen, wie auch Wesel zu demselben Zwecke eine Schwadron erhalten werde. Von einer Besetzung im Sinne der linksrheinischen Gebiete könne indes keine Rede sein.

Köln, 27. Dez. Ein Mangel in Photographen macht sich hier bemerkbar, weil jeder über 12 Jahre alte Einwohner einer Photographie für seinen Personalausweis bedarf. Die Stadtverwaltung hat sich an andere Städte gewandt, um sogenannte fliegende Photographen nach hier zu bekommen. Die seßhaften Photographengeschäfte behaupten, für die vorgeschriebenen Höchstpreise die Paßbilder nicht herstellen zu können, und die Preisprüfungsstelle ist bereit, den Geschäften mit größeren Unkosten einen etwas höheren Preis zuzubilligen.

M.-Gladbach, 28. Dez. (20 Jahre Zwangsarbeit.) Ein 16 Jahre alter Bursche aus der Landgemeinde M.-Gladbach, der ein belgisches Fernsprechkabel durchgeschnitten hatte, wurde vom hiesigen belgischen Kriegsgericht zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Selbstpreisgabe.

Die Frauen, die jetzt in die Würde ihres Staatsbürgertums eintreten, haben vor allen großen politischen Pflichten eine: die Pflicht des Glaubens. Vor der Frage: welcher Partei gehöre ich an? steht ein großes Wort: Deutschland. Vor der Frage: für welche Ziele soll ich arbeiten? steht eine große Forderung: für die Einheit. Und vor der Frage: welchen Wünschen und Stimmungen soll ich den Strom meiner Kraft zuführen? erhebt sich die eine große Notwendigkeit: den mutigen und den würdevollen.

Die große, unausdenkbar vernichtende Gefahr einer besiegten Nation ist die Selbstpreisgabe. Wir sehen ihre Anzeichen allenthalben, sehen sie voll brennender Scham und verzehrenden Schmerzes: die Verleugnung derer, die zu schwach und zu feige sind, sich zur besiegten Sache zu bekennen; die Rechthaberei der Abrechnungsfanatiker, die schonungslos und voll abstoßenden Triumphes die begangenen Fehler ausgraben; die kraftlose Entmutigung derer, die dem Schicksal seinen Lauf lassen zu müssen glauben: Alle, die mit zerfallen, zerstören, preisgeben, gehenlassen. Und da ist die erste Forderung an die Politik der Frauen: bleibt fest! laßt euch nicht treiben! zeigt das deutsche Schicksal nicht preis! glaubt und arbeitet!

Es gilt, in einem zu Tode erschöpften Volk den Willen hochhalten. Es gilt, den Mut zur Abwehr und Ueberwindung des Verkehrten und Unheilvollen aufrufen und anspannen. Es gilt, die Gedanken auf eine Zukunft richten, zu der wir uns durchkämpfen müssen durch das Chaos der Gegenwart. Nur einig hat Deutschland eine Zukunft. Das muß unbeirrt, unerschütterlich festgehalten werden allen verantwortungslosen Augenblicksstimmungen und kurzsichtigen Wünschen gegenüber, mit denen uns diese Tage überschwemmen. Wenn Deutschland einig bleibt, kann es aber auch noch eine Zukunft haben.

Der Glaube an diese Zukunft wächst nicht allein aus Versammlungen und politischer „Aufklärung". Er wächst aus der Tiefe des Herzens, aus der Mitteilung von Mensch zu Mensch, von Seele zu Seele. Die deutschen Frauen können unser Volk mit unsichtbaren Ketten dieses zusammenhaltenden Glaubens aneinander schmieden wenn sie Kraft, Mut, Wärme und Klarheit genug haben.

Gertrud Bäumer.

Kirchliche Nachrichten.

Größere ev. Gemeinde.

Dienstag, abends 8 Uhr: Silvestergottesdienst, Pastor Ewald. — Mittwoch, Neujahr, 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Ewald. (Begrüßung der heimgekehrten Krieger). 11 Uhr: Repräsentantensitzung.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

Fernsprecher 267.

Dienstag, 31. Dez., abends 8 Uhr: Silvestergottesdienst, Pastor Kochs. Mittwoch, Neujahr. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Giesecking. Begrüßung der heimgekehrten Krieger.

1919.

Mit dem neuen Jahre geht der Vorhang für ein Zukunftsstück deutscher Geschichte auf, dessen Inhalt uns die Monate von 1919 entrollen werden. Wir können nur hoffen, daß der Tragödie von 1918 nicht eine weitere folgen möge, und wir müssen, soviel uns gegeben ist, die Hände rühren, um zu verhüten, daß das Geschick unseres Volkes einen solchen Gang nimmt. Die Gewalten der Gegenwart, die widereinander streiten, sind noch nicht beruhigt, und die leichtlebigen Gedanken, daß sich alles von selbst zum Besten wenden wird, sind leider unbegründet. Es ist auch nicht gestattet, mit Fehlern oder Zwistigkeiten bei unseren Gegnern zu rechnen, aus denen wir großen Nutzen ziehen könnten. Wir können uns nur an die Tatsachen halten, daß wir nach dem verlorenen Kriege schwere Schulden zu tilgen, große Entschädigungsforderungen zu bezahlen haben werden, daß wir nicht viel Lebensmittel und noch weniger Rohstoffe für die gewerbliche Tätigkeit besitzen, und alles teuer werden vergütigen müssen, was wir vom Auslande kaufen. Für Deutschland gilt das Wort: „Was du gebrauchst, mußt du dir schwer erarbeiten!" So sieht die Gegenwart aus, und ob die Zukunft uns lichtere Farben aufweist, wird davon abhängen, ob wir uns als stärker erweisen, wie das Schicksal, welches uns ohne unser Verschulden betroffen hat. Das geschieht nicht durch Schlagworte, sondern nur durch die imposante Tat der Sicherung der Arbeit. Schaffen wir diese nicht durch freien und einmütigen Willen, so wird uns der Zwang dazu kommen durch die Geißel der unerbittlichen Not, die wir in aller Knappheit des Krieges denn doch noch nicht kennen gelernt haben.

Wenn Deutschland ein Verschulden am Weltkriege von 1914 hatte, so war es die ganz zu optimistische Auffassung der Weltlage, die uns beseelte. Wir wußten, wer unsere Feinde waren, rechneten aber außer diesen auf zahlreiche gute Freunde. Das war eine Täuschung, wir haben Verrat und Vertrauensbrüche statt des Beistandes erfahren. Hätten wir diese Gutgläubigkeit nicht besessen, dann hätten wir die ganze auswärtige Politik anders eingestellt. Ob das uns dauernd genützt hätte, ist allerdings die Frage. Haben wir uns 1914 nicht eindringlich genug gefragt, wer ist unser Freund? — so wollen wir das Jahr 1919 nicht vergessen, um neue Trugschlüsse zu verhüten. Und da ist die Lage so, daß wir heute erst recht nicht auf Zukunftshilfe rechnen können, wenn eine wirkliche Krisis eintreten sollte, wohl aber mit Feindseligkeiten von Nationen zweiten Ranges, wie Polen und Tschechen, rechnen müssen. Das Ende des Weltkrieges bietet keine Gewähr dafür, daß Reibungsmöglichkeiten im neuen Jahre ausgeschlossen sind. Uns liegt nicht nur ob, für Brot und Arbeit, sondern auch für die Pflege unserer Kraft zur Erhaltung unser Existenz zu sorgen.

Heut haben wir noch 70 Millionen Seelen, wieviel davon bei Friedensschluß bleiben, wie sich dann die einzelnen Staaten des Deutschen Reiches gestaltet haben werden, das wird sich uns zeigen. Auch die Seelenzahl der deutschen Gesamtbevölkerung schützt bei mangelnder Einheit im Innern nicht dagegen, daß wir auf der Stufenordnung der staatlichen Rangordnung abwärts gleiten, und damit würde nicht nur ein Verlust des politischen Ansehens, sondern auch die Einbuße des wirtschaftlichen Verdikts verbunden sein. Den Luxus inneren Haders und den Kampf um die Macht können wir uns nicht gestatten, dann sind wir über Nacht arme Schlucker. Und dies Schauspiel würde in der Welt nur mit einem Lachen der Schadenfreude begleitet werden.

Trotz alledem werden wir auch heute noch von unseren bisherigen Feinden gefürchtet, aber diese Tatsache kann uns nichts nützen. Sie wird uns auch nicht zu einer Machtpolitik nach außen hin antreiben, aber sie soll unseren Nationalstolz wecken und unsere Kraft aufrütteln, den Aufbau im Innern zu fördern. Nach außen hin wollen und können wir keine andere Politik treiben, als die der entschlossenen Abwehr, denn unsere Flotte ist dezimiert, unsere Kolonien sind verloren, und für das alles kann uns nur der Erfolg der heimischen Arbeit trösten, wenn uns dieser zu teil wird. Die Zeiten, in welchen große Vermögen schnell erworben wurden, sind vorüber, unser Nationalvermögen wird durch Schuldentilgung und Kriegskostenzahlung in Anspruch genommen. So müssen wir erwerben, wovon wir leben wollen. Wie sich das alles im Einzelnen abspielen wird, was uns die Beschlüsse der Entente noch bereiten werden, an Sorgen und Lasten, wird sich zeigen.

Viel haben wir verloren, aber wir können den Verlust mit den Jahren zum guten Teil wieder einbringen, wenn wir den frischen Willen zum Wiederaufbau des Vaterlandes unverzüglich in die Tat umsetzen. Keine Zeitvergeudung durch Zank und Streit, durch Oberflächlichkeit und Leichtsinn, — nach des Dichters Ausspruch — saure Wochen, frohe Feste, sei das künftige Zauberwort. Mit dem neuen Jahre müssen auch die schlimmsten Kinderkrankheiten der Republik von uns abfallen, wenn wir von den Wunden des Weltkrieges genesen sollen. Darum soll für 1919 die Parole gelten: Zusammenhalten und zusammen arbeiten in Kraft und in Ehre.

Standrecht über Posen.

Wolff meldet: Folgende von den deutschen und polnischen Behörden unterzeichnete Bekanntmachung ist angeschlagen worden: **Ueber Posen ist bis auf weiteres das Standrecht verhängt.** Alle Zivilpersonen dürfen nach 5 Uhr abends die Wohnung nicht verlassen mit Ausnahme von Mitgliedern des Vollzugsausschusses, von Sanitätspersonal und Polizeiorganen. Das Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle bisher ausgestellten Waffenscheine sind ungültig. Alle Offiziere sind sofort zu entwaffnen. Sie legen die Rangabzeichen ab. Alle Mannschaften sofern sie nicht zum Wacht und Sicherheitsdienst gehören, erscheinen unbewaffnet in der Stadt. Offiiere, die zwecks Durchführung der Demobilisation in der Stadt verbleiben müssen, haben sich sofort mit neuen Ausweisen zu versehen, Zuwiderhandelnde werden vor ein Standgericht gestellt und nach dem Kriegsgesetz bestraft. Umzüge, Menschenansammlungen, sowie Theater- und Kinovorstellungen sind vorläufig verboten. In einem vom Kommandanten Masaszek unterzeichneten Befehl wird erklärt, daß die öffentlichen Gebäude bis auf weiteres von dem Wach- und Sicherheitsdienst besetzt bleiben. In der Stadt herrscht wieder Ruhe. Die Straßenbahn verkehrt wieder und die Züge gehen regelmäßig ab. Der Postbetrieb, der zunächst unterbrochen war, soll ungestört weitergehen, dagegen ist der Telegramm- und Fernsprechverkehr noch vollständig eingestellt.

Ueber die Zustände in Posen

berichtet ein aus Posen zurückgekehrter Augenzeuge in der „Vossischen Zeitung" u. a.: Bei Ausbruch des Kampfes am Freitag wurde sofort Alarm geblasen. **Die polnische Bevölkerung wurde bewaffnet und blieb seither unter Waffen.** Halbwüchsige Burschen sind mit Gewehren und Handgranaten ausgerüstet. **Jeder deutsche Soldat,** der sich auf der Straße zeigte, **wurde sofort entwaffnet,** deutschsprechende **Offiziere und Soldaten zum Teil ihres Geldes beraubt** und wegen Waffentragens standrechtlich **erschossen.** Die Aemter wurden Sonnabend von den Polen besetzt, die Gebäude mit Maschinengewehren ausgerüstet. Die Verwaltung der Telegraphen und Telephone ist in den Händen der Polen. Der Bahnhof ist von 100 bewaffneten Polen, teils in Uniform, teils in Zivil, besetzt. Die Reisenden werden strengster Untersuchung unterzogen. Deutschsprechende Personen werden auf der Straße angehalten und untersucht. In den Wohnungen und Läden von Deutschen wird nach Waffen gesorscht. Sowei **deutsche Beamte** noch in Tätigkeit sind, wird jeder **durch einen Polen mit geladenem Gewehr bewacht.** Es wird besonders streng darauf geachtet, daß womöglich keinerlei Nachrichten über die Zustände nach Berlin dringen. **Die Lebensmitteltransporte nach Berlin sind beschlagnahmt.** Zwischen Posen und Warschau werden angeblich Verhandlungen gepflogen.

Weiter berichtet das „Berliner Tageblatt": Am Sonnabend vormittag fuhren auf dem Wilhelmsplatz 4 Lastwagen mit Gewehren auf. **Mit diesen Gewehren wurden Lehrjungen und Schulknaben von 15 bis 17 Jahren ausgerüstet,** die durch die Straßen zogen und Deutsche, zumeist **Frauen, mißhandelten und beraubten.** In der Nähe der jüdischen Synagoge entlud sich das Gewehr eines polnischen Gymnasiasten, worauf es hieß, die Juden hätten aus der Synagoge auf die Polen geschossen. Darauf begann **ein Trommelfeuer auf die Synagoge,** in der die jüdischen Einwohner zum Gebet versammelt waren. Später stürmten tausend bewaffnete Polen das Artilleriedepot und verteilten Handgranaten und Munition unter die Menge. Darauf wurde der Hauptbahnhof genommen und auch die Bahnlinien bis zur Grenze der Provinz Posen besetzt. Montag früh wurde an die in Posen garnisonierenden Regimenter ein Ultimatum bis zum Mittag gestellt. Als um diese Zeit die Uebergabe noch nicht erfolgt war, wurde die **Fliegerkaserne, dann die Kaserne der sächsischen Jäger umstellt und unter Geschützfeuer genommen.** Bis zum Abend war über den Ausgang des Gefechts noch nichts Sicheres bekannt. Allgemein hat man den Eindruck, daß es **Paderewski** selbst ist, der mit Unterstützung polnischer Legionsoffiziere die Angriffe leitet und die bewaffneten Bürger zu Ausschreitungen aufstachelt. **Die Zahl der Todesopfer wird bisher auf 200 angegeben.** Wie das Tageblatt ferner meldet, wurden das Infanterieregiment Nr. 49 und das Dragoner-Regiment Nr. 12 in Gnesen überrumpelt, das Stadthaus und das Regierungsgebäude von den Polen besetzt und die dortigen Beamten entfernt. In Posen wurden **evangelische Geistliche,** die treu zum Deutschtum hielten, **verhaftet und durch die Straßen eskortiert.**

Weitere Einzelheiten über die Sturmtage in Posen.

Von einem Soldaten, der gestern nachmittag in Posen geweilt hat, werden Einzelheiten über die Sturmtage mitgeteilt. Als am Freitag vormittag das Grenadierregiment Nr. 6 ausgeladen wurde, drang der polnische A.- und S.-Rat auf sofortige Entwaffnung. Die Truppen weigerten sich. Sie zogen mit Musik zur Kaserne. Als sie später unter Beteiligung der deutschen Zivilbevölkerung einen Umzug veranstalteten, versuchten sie zunächst, die an mehreren Häusern gehißten amerikanischen Fahnen einzuziehen. Als dies nicht half, wurden sie heruntergeholt. Nun begann polnischerseits die Schießerei. Junge Burschen, die teilweise noch im Knabenalter stehen, wurden mit Gewehren und Handgranaten ausgerüstet. Sie führten auch Maschinengewehre mit sich. Da sie von ihren Waffen ausgiebig Gebrauch machten, wurden alsbald unsere Maschinengewehre alarmiert, worauf die Polen Handgranaten warfen. Durch Trompetensignale riefen die Polen die Bevölkerung zusammen. Sie hatten bereits einige Abende vorher Probealarm geübt. Nun kamen aus allen Ecken und Enden Bewaffnete hervor und schossen auf die deutschen Soldaten, die sich nur mit Hilfe der inzwischen eingetroffenen Maschinengewehre die Angreifer vom Leibe halten konnten. Als deutsche Soldaten danach zum Angriff übergingen und das Schloß zurückerobern wollten, wurden sie aus dessen Fenstern mit Schüssen und Handgranaten empfangen. Es gelang ihnen trotzdem, die Straßen zu säubern und die Ruhe leidlich wiederherzustellen. Am Sonnabend versuchten die Polen, die Kaserne des Grenadier-Regiments Nr. 6 zu stürmen, doch vergeblich. Danach besetzten die Polen sämtliche Staatsgebäude und sperrten alle Straßen ab. Jeder deutsche Soldat wurde mit dem Rufe: „Hände hoch!" empfangen, beraubt und mißhandelt. Ebenso erging es allen deutsch sprechenden Zivilisten, die sich auf der Straße zeigten. Die Kaufläden wurden ausgeplündert. Am Sonnabend befand sich das Schloß noch in polnischen Händen. Die Deutschen sind in verzweifelter Stimmung. Hilfe tut dringend not.

Die Fehler der Regierung.

Im **Berliner Tageblatt** heißt es: Jetzt haben wir das Ergebnis der Politik der deutschen Regierung, die vor der polnischen Gefahr die Augen verschloß und jeden durchgreifenden Grenz- und Heimatschutz für überflüssig hielt. Es ist die höchste Zeit, daß deutsches Militär dort Ordnung schafft, um polnischer Willkür und polnischem Terror entgegenzutreten, ehe es zu spät ist. Die Pflicht der neuen Regierung ist es, unverzüglich zu handeln. — Die **Tägliche Rundschau** ruft: Heißt der Ostmark! Auch der „Vorwärts", schreibt sie, meinte gestern, die Not unseres Landes schreit zum Himmel. Dieser Satz sei als Programmpunkt der neuen Regierung bereits verkündet. Wolle die Regierung endlich von Versprechungen zu Taten schreiten, dann sei es ihre erste Pflicht, umgehend militärische Maßnahmen zum Schutze der deutschen Gebiete in Posen, Oberschlesien und Westpreußen zu treffen. — In der **Norddeutschen Allg. Ztg.** wird gesagt: Zu allen schon begangenen Fehlern dürfen wir unter keinen Umständen den begehen, daß wir die polnischen Ansprüche uns gegenüber als etwas berechtigtes auch nur in Gedanken aufkommen lassen. Wir müssen gegen solche Auffassung kämpfen, solange es noch nicht zu spät ist. Unsere klare Losung muß es sein: Hände weg vom deutschen Landgebiet im Osten! — In der **Volkszeitung** liest man: Die Russen kommen! Radek ist schon da! Aber das bolschewistische Rußland begnügt sich nicht mit Radek. Alle wollen sie kommen. Was sie wollen, hat er verkündet.

*

Wilde Ausschreitungen auf oberschlesischen Gruben.

(TU) Zu besonders wilden Ausschreitungen kam es auf der Gottessegengrube und der Antonienhütte. Dort ergriffen die Exzedenten eine Anzahl mißliebiger Beamter, setzten sie in mit Teer beschmierte Karren, führen sie auf die Straße und warfen sie in den Dreck. Die Beamten, die die Wasserhaltungsmaschinen und die Elektrizitätsanlagen der Gottessegengrube bedienten und besetzt hielten, wurden durch junge Spartakusleute mit Gewalt entfernt und die wichtigsten Maschinen zum Stillstand gebracht. Die ganze Laurahüttegegend ist infolgedessen ohne Wasser und ohne Licht. Vor allem wird das Gaswerk, in dem das Wasser schon ziemlich hoch steht, ersaufen. — Wie aus Breslau verlautet, sind militärische Verstärkungen nach Oberschlesien bereits unterwegs. Der Volksbeauftragte Landsberg und der preußische Minister des Innern Hirsch sind nach Oberschlesien abgereist.

Ueber die geplante neue Reichsverfassung

berichtet der „Vorwärts": An die Spitze der deutschen Republik soll **ein vom Volke gewählter Präsident** treten. Der Präsident soll eine Stellung haben, die zwischen der des amerikanischen Präsidenten und der des englischen Königs liegt. Er soll wie der englische König **ein parlamentarisches Ministerium ernennen.** Die Mitglieder dieses Ministeriums müssen von der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft gewählt sein. Die gesetzgebende Körperschaft der deutschen Republik soll ein auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewähltes Volkshaus und Staatenhaus sein. **Bei Meinungsverschiedenheiten** zwischen den Staaten und dem Volkshause oder zwischen den gesetzgebenden Körperschaften und dem Präsidenten **entscheidet der Appell an das Volk, das Referendum.** Die Zerlegung Preußens wird wahrscheinlich dadurch gefördert werden, daß man im allgemeinen die Zahl der Vertreter der Bundesstaaten im Staatenhause auf 69 beschränkt und zwar so, daß auf je eine Million der Einwohnerschaft Deutschlands ein Vertreter entfällt. Obwohl Preußen danach Anspruch auf 50 Vertreter hätte, wird es höchstens 23 erhalten. Bei der ganzen Neueinteilung des Deutschen Reiches soll die Initiative auf Seiten der Bevölkerung liegen, und die Reichsregierung wird sich vermutlich nur vorbehalten, die provinziellen Wünsche in Einklang mit den Reichsinteressen zu bringen.

(W) In verschiedenen Aussprachen der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die am 27. und 28. Dezember in Stuttgart stattgefunden haben, ist beschlossen worden, künftig gemeinsam hinzuwirken auf 1. Neueinrichtung des deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, 2. Schaffung einer aktionsfähigen Regierung und Nationalversammlung, 3. die schleunigste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

Die Steuerpläne der Reichsleitung.

(TU) Die Reichsleitung veröffentlicht aus ihren Steuerplänen eine amtliche Mitteilung, die von Ebert und Scheidemann und dem Reichsschatzsekretär Schiffer unterzeichnet ist. Danach sollen **die Kriegsgewinne eingezogen** werden und zwar in Form einer **außerordentlichen Kriegsabgabe** für das Rechnungsjahr 1919 und einer **außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs,** wodurch die während der ganzen Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung erfaßt werden soll. Von den nach Einziehung der Kriegsgewinne **verbliebenen Vermögen** soll **eine große, allgemeine Vermögensabgabe** erhoben werden. Ferner sollen **die hohen Einkommen** durch eine weitere Einkommensteuer stärker belastet werden, und endlich ist eine weitere Erschließung der **Kapitalertragssteuer neben einer Betriebsertragssteuer,** sowie die Ausdehnung der **Erbschaftssteuer auch auf Abkömmlinge** von Ehegatten beabsichtigt. Die Entwürfe zur Einziehung der Kriegsgewinne sind bereits fertiggestellt, und auch die übrigen Maßnahmen sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden. **Eine besondere Abgabeordnung** soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu belebende Steuermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch **staatliche Zwangsmittel** unbedingt gesichert werden.

470 Milliarden Kriegsentschädigung.

Die französische Kammer setzte am Sonnab[end] die Diskussion über den provisorischen Kredit [für] das erste Quartal 1919 fort. Stern stellte [fest,] daß die Schulden Frankreichs 162 Milliarden [be]tragen. Wenn man hierzu die übrigen Kriegsa[us]gaben wie Schadenersatz usw. hinzurechne, so [er]gebe sich nach der Berechnung Sterns für Fr[ank]reich **eine Gesamtausgabe** von [3]40 **Milliarden,** was eine jährliche Zi[nsen]last von 12½ Milliarden ausmache. **Englands** [hab]e **seine Forderungen auf 200 Milliarden;** die Alliierten hätten also das **Recht,** von **Deutschland 470 Milliarden zu fordern.** Der deutsche Minister Helfferich habe [das] Jahreseinkommen Deutschlands auf 50 Milliarden geschätzt. Die Alliierten müßten auf dieser Schätzung fußen. Stern hat die Schaffung eines interalliierten Finanzbundes im Auge, der die aufzubringenden Zinsen zu verteilen habe. Der Gesamtertrag der Zinsen belaufe sich nach Stern auf 28½ Milliarde, die entsprechend der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Nationen zu verteilen [wä]ren würden.

Pichon betonte, er sei ein Anhänger [der] in der Oeffentlichkeit beschlossenen Abmachungen eines Völkerbundes, an deren Verwirklichung [mit] arbeiten solle. Wir wollen **keine Annexionspolitik,** sagte er, behalten uns aber **volle Freiheit hinsichtlich der Grenzen Elsaß-Lothringens** vor, da es sich hier [nicht] um eine Annexion, sondern um die Wahrung [des] Recht und Gerechtigkeit, sowie um die Zukunft [von] Elsaß-Lothringen handelt. (Beifall.) Pichon [führt] fort: Die militärische Oligarchie hat noch nicht [die] die Hoffnung verzichtet, den preußischen Militarismus wiederherstellen zu können. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Militarismus endgültig verschwindet. (Beifall.) Wir müssen gegen [eine] Wiederkehr von Angriffen gesichert sein. Oesterreich hat sein Schicksal verdient. Wir sind [nicht] freut darüber, daß Böhmen und Südslovenien [frei] frei sind. Auch die Türkei hat ihre Niederlage verdient. Frankreich hat dort unbestreitbare Rechte zu wahren, so in Libanon, in Syrien und Palästina. Wir sind der Ansicht, daß die [Frage] kommen zwischen England und uns fortbestehen [kann].

Tagesereignisse.

— **Der Ernährungskommissar,** Staatssekretär **Wurm,** hat sich mit den drei aus der Reichsregierung ausscheidenden **Unabhängigen solidarisch** erklärt und hat sein Amt zur Verfügung gestellt. Auf Ersuchen der Reichsregierung hat Herr Wurm sich bereit erklärt, die Geschäfte des Reichsernährungsamtes bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiter zu führen.

— **(Keine Verstaatlichung der Bergwerke.)** Staatssekretär Dr. August Müller, der während der Weihnachtstage in Luxemburg geweilt und dort mit Vertretern des Verbandes verhandelt hat, teilte heute im Rahmen eines längeren Vortrages, den er vor Pressevertretern im Reichswirtschaftsamte hielt, mit, daß der Verband gesonnen sei, alles Privateigentum in Deutschland unbedingt zu respektieren, aber andererseits [auf] Art von Staatsbesitz gegebenenfalls in Anspruch zu nehmen gedenke, um eine restlose Befriedigung seiner Ansprüche zu erreichen. Unter diesen Umständen bezeichnete der sozialdemokratische Staatssekretär eine Versteifung der Bergwerke im gegenwärtigen Augenblick für **unsinnig, ja gerade für verbrecherisch.**

— **(Keine Republik Schlesien.)** In Breslau tagte der Zentralrat für die Provinz Schlesien. Am Schluß der Tagung faßte Minister Hirsch das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß die Versammlung in überwiegender Mehrheit den Gedanken der Errichtung einer besonderen **Republik Oberschlesien ablehnt.** Ferner hat sie mit derselben Mehrheit auch den Gedanken einer **Republik Schlesien abgelehnt.** Es ist gebeten worden, daß die Regierung der Provinz Schlesien den erforderlichen Schutz angedeihen lassen soll. Ich kann namens der Regierung erklären, daß wir bereit sind, alles, was in unseren Kräften steht, nach dieser Richtung hin zu tun. Zum Schluß gab der Minister die Erklärung ab, daß er innerhalb der preußischen Staatsregierung dafür eintreten werde, daß ein weiten die Provinz Schlesien ein gewisses Selbstbestimmungsrecht, insbesondere für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, erhalten wird.

— **Aber einen blutigen Zusammenstoß** wird aus **Allenstein** berichtet: Am 30. Dezember morgens sollte das in Allenstein garnisonierende Artillerie-Regiment mit einer Deputation des Arbeiter- und Soldatenrates hinter der roten Fahne einziehen. Die Truppen weigerten sich dessen, zerrissen die rote Fahne und verbrannten sie. Der A.- und S.-Rat ließ darauf Truppen aufmarschieren und nach nochmaliger Aufforderung, hinter der roten Fahne einzuziehen, Feuer auf das Artillerie-Regiment aus Gewehren und Maschinengewehren eröffnen. Zwei **Offiziere wurden getötet und eine Anzahl Offiziere und Mannschaften verwundet.**

— **(Sieg der Koalition in England.)** Nach den letzten Meldungen aus London sind nunmehr die sämtlichen Wahlergebnisse mit Ausnahme von drei Wahlkreisen bekannt geworden. Die Koalition hat 471 Sitze erhalten, was eine Mehrheit von 410 Sitzen ergibt. Im einzelnen wurden gewählt Koalition: 334 Unionisten, 127 Liberale, 10 Arbeiterpartei. Ferner Gegner der Koalition: 37 Sitze für die Anhänge von Asquith, 48 für die Unabhängigen Unionisten, 65 für die Arbeiterpartei, 7 für die Nationalisten, 70 für die Sinn Feiner, 5 für andere Gruppen und außerdem erhielten Asquith und Henderson haben ihre Sitze verloren.

— **(Vor einer Besetzung der neutralen Zone durch die Feinde?)** „Daily Mail" meldet aus Paris: Die Zunahme der bolschewistischen Vorgänge in Deutschland haben ein stärkere Besetzung der besetzten Gebiete zur Folge gehabt. Die Truppen im Rheinland sollen um [drei] Divisionen vermehrt werden. Die Besetzung der ganzen neutralen Zone hänge ausschließlich von den weiteren Ereignissen in Deutschland ab, das unmittelbar vor dem Terror des Proletariats steht.

— **(Beginn des Abtransportes aus zerstörten Gebieten.)** Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich werden in der nächsten Woche nach den zerstörten Kampfgebieten abtransportiert werden. Für Hafen- und Bauzwecke sollen 120 000 Kriegsgefangene verwendet werden. Der Arbeitsminister hat den Demobilmachungskommissionen und Präfekten mitgeteilt, daß die Beförderung der deutschen Gefangenen noch [lange] dauern werde und daß man dafür Sorge tragen soll, die Arbeiten so zu verteilen, daß sie in diesem Zeitraum beendet werden.